

In großer Sorge

Stellungnahme der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bremen/Unterweser e. V. zu Annexionsplänen der israelischen Regierung

1. Im Januar 2020 hat die Trump-Administration, nach einseitiger Vorbereitung nur mit der israelischen Seite, einen „Peace to Prosperity Plan“ vorgelegt. Dieser Plan sieht auch die Annexion des Jordantals und der Gebiete jüdischer Siedlungen im Westjordanland durch Israel vor, im Tausch gegen einen Streifen im Norden und Teile des Negev. Nach Erfüllung einer Reihe von Vorbedingungen sollen die Palästinenser schließlich einen eigenen Staat gründen können, mit langen und komplizierten Grenzen. Zu Gesprächen über diesen Plan ist es bisher nicht gekommen. Die Regierung Israels diskutiert gegenwärtig, bereits zum 1. Juli einseitige Schritte zur „Ausweitung der Souveränität in Judäa und Samaria“ einzuleiten.

Wir sehen dies mit großer Sorge. Wir treten als Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) ein für die sichere Existenz eines Staates des jüdischen Volkes, im Land seines Ursprungs, gegründet durch den Beschluss der Vereinten Nationen – ein Glücksfall der Geschichte. Wir *müssen* für die sichere Existenz des jüdischen Staates eintreten, denn seine Berechtigung wurde und wird bis heute geleugnet. Vom ersten Tag an musste Israel sich verteidigen gegen die Angriffe der arabischen Nachbarstaaten, gegen Terror und gegen die Bedrohungen durch den Iran und seiner Hilfstruppen rund um Israel.

Die Vereinten Nationen haben 1947 aber die *Teilung* des früheren Mandatsgebietes Palästina und die Schaffung *zweier* Staaten beschlossen, eines jüdischen und eines arabischen. Die Gründung des arabischen Staates ist nicht durch Israel verhindert worden, sondern durch den Überfall der arabischen Staaten auf das junge Israel und durch deren Annexion der arabischen Teilgebiete – die Bevölkerung wurde dabei nicht gefragt. Das Westjordanland, um das es gegenwärtig geht, wurde infolge des Verteidigungskrieges 1967 von Israel besetzt.

Weil die arabischen Staaten nach diesen Kriegen Friedensverhandlungen strikt abgelehnt haben, blieb das Westjordanland unter israelischer Kontrolle; in diesem politischen Vakuum hat die Ansiedlung von Juden im Westjordanland begonnen und ist gewachsen, die heute so umstritten ist. Allerdings ist auch im jüdischen Staat jeder Fünfte arabisch!

2. Eine Hauptarbeit der DIG bestand immer darin, Verständnis zu schaffen für die existenzielle Bedrohung, der Israel bis heute ausgesetzt ist. Verständnis dafür, dass die Sicherheit des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger für die Politik Israels elementar ist, weil es eine Frage von Leben und Tod ist. Deshalb sind wir immer dafür eingetreten, dass

– Israel ein Recht auf *verteidigbare* Grenzen hat; auch deshalb muss ein möglicher palästinensischer Staat vollkommen entmilitarisiert bleiben;

– die *militärische* Kontrolle des Jordantales und damit der Grenze zu Jordanien auf absehbare Zeit legitim und notwendig ist;

– der Status der Golanhöhen nicht zur Debatte steht. Eine Rückgabe an das Syrien des Assad-Regimes ist außerhalb jeder Denkmöglichkeit;

- die Frage, ob und wie ein palästinensischer Staat auch in Ostjerusalem präsent sein kann, wie es der Trump-Plan andeutet, erst der letzte Baustein von Verhandlungen sein kann. Der Status der religiösen Stätten sollte nicht angetastet werden;
- Israel das Recht und die Pflicht hat, seine Bürgerinnen und Bürger gegen Terrorangriffe aus dem Westjordanland und aus Gaza zu schützen, auch vorbeugend;
- ein einseitiger Abzug aus dem Westjordanland ohne Garantien und Verträge nicht zu verantworten ist.

Die Sicherheit Israels ist für uns grundlegend; noch immer propagieren ja zu viele ein *arabisches* „Palästina vom Jordan bis zum Meer“ und damit die Vertreibung der Juden. Es ist gut, dass Israel heute stark ist. Wir können aber nicht erkennen, dass die Sicherheitslage Israels durch einseitige Annexionen im Westjordanland verbessert würde und eine Annexion aus diesem Grund sinnvoll und legitim sein könnte. Im Gegenteil wird die Gefahr gesehen, dass die Spannungen wieder zunehmen und die guten Ansätze einer Normalisierung mit arabischen Staaten zurückgeworfen werden. Die Beziehungen zu den demokratischen Ländern der Welt würden stark belastet.

3. Wir haben als Freundschaftsgesellschaft die Aufgabe, das Ansehen des jüdischen Staates in Deutschland zu schützen und zu mehren. Deshalb hoffen und erwarten wir, dass die Regierung Israels von den Plänen einseitiger Annexion Abstand nimmt, die dieses Ansehen beschädigen würde. Wir wissen sehr gut, dass es die palästinensische Seite gewesen ist, die wiederholt sehr ernste und weitgehende Verhandlungsangebote zur Entstehung eines palästinensischen Staates abgelehnt hat, wie 2000 durch Ehud Barak und 2008 durch Ehud Olmert; wir teilen die tiefe Skepsis, ob die gegenwärtige, schon lange nicht mehr legitimierte Führung der Palästinenser ein verlässlicher und verhandlungsfähiger Gesprächspartner sein kann, ob überhaupt eine Gesprächsbereitschaft besteht.

Aber dennoch, wir sind weiter überzeugt: Entscheidend bleibt der Beschluss der UN, *zwei* Staaten zu gründen; er ist bis heute nicht vollständig umgesetzt. Dieser Beschluss war richtig, weil er die legitimen Rechte *beider* Völker anerkannte, jedes für sich, in zwei Staaten. Daran hat sich auch nicht dadurch etwas geändert, dass die arabische Seite eine Reihe von katastrophalen Fehlern gemacht hat.

Landtausch, Vereinbarungen zur Sicherheit Israels – alles muss möglich sein, aber nicht einseitig, sondern nur durch *Verhandlungen*. Auch wenn er heute extrem schwierig erscheint und schmerzhaft ist: nur dieser Weg mit dem Ziel zweier demokratischer Staaten ist der Weg, den wir mit unseren Grundüberzeugungen eines menschenwürdigen Zusammenlebens verbinden können. Jede Annexion würde diesen Weg noch schwieriger machen.

Vorstand der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bremen/Unterweser e.V.
Bremen, 24. Juni 2020